

General-Anzeiger



für Aemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Amtsblatt für den Magistrat zu Aemberg des Königl. Amtsgerichts und versch. Gemeinden

Wochensatz wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Bezugspreis: Westfälische Str. 116 M., durch Boten in Aemberg 1,20 M., in Wittenberg, Wittenberg, Bismarck, Aemberg, Gommern und Gabel 1,30 M. und durch die Post 1,30 M.

Anzeigenpreis: Die 5spaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige 20 Pfg., 2spaltige 25 Pfg., 1spaltige 30 Pfg. für das Buchst., ausserordentlich Postgebühr. — Schluss der Anzeigenannahme donnerstags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Nr. 48

Aemberg Donnerstag, den 24. April 1919.

21. Jahrg.

Die Wahlkarten

können morgen gegen Rückgabe der Stammkarten im Rathaus abgeholt werden.

Aemberg, den 23. April 1919.

Der Magistrat.

Friedhof.

Die Gebühren für die Anlage des Grabes sind vom 1. Mai d. J. ab, wie folgt, festgesetzt worden:
Für 1 Erdgrabsitz 15 M.
" 1 großes Grab 7 "
" 1 " Kindergrab 4 "
" 1 kleines 3 "

Aemberg, den 17. April 1919.

Der Magistrat.

Böfcherde-Verkauf

an der Bergmühlstraße

Donnerstag, den 24. April, nachmittags 6 Uhr

Sammelplatz: 1. Straße, Bedingungen im Termin.

Aemberg, den 23. April 1919.

Der Magistrat.

Anmeldungen von

Freiwilligen,

die in die mod. 2. Garde-Inf.-Brigade (Brigade Reinhardt) in Berlin einzutreten bereit sind, werden im Rathaus, 2 Treppen entgegengenommen.

Aemberg, den 22. April 1919.

Der Magistrat.

Das Schulgeld

der geborenen Abteilung der hiesigen Volksschule ist durch Beschluß der sämtlichen Kollegien vom 8. und 15. 4. 19 ab 1. April 1919

für hiesige Schüler auf 90,— M.,

für auswärtige Schüler auf 100 M. jährlich

festgesetzt.

Aemberg, den 21. April 1919.

Der Magistrat.

Nächsten Sonnabend, abends 7/7 Uhr findet eine

Übung

der uniformierten Pflichtfeuerwehr statt. Sammelplatz am Spritzenhaus. Vollständige Teilnahme ist dringend nötig.

Aemberg, den 23. April 1919.

Der Brandmeister.

Politische Tagesübersicht.

Graf Broddorf-Kanzen über die Lage.

Wien, 23. April. Reichsminister Graf Broddorf-Kanzen hat dem Vertreter des neuen Wiener Abgeordneten zum Reichstag die Lage des Saargebietes über das Schicksal des Saargebietes erklärt. Deutschland habe auf dem Wilsonschen Programm das nicht von einer Abkündigung über Gebiete lage, deren Zugehörigkeit außerhalb jeder Entscheidung stehe, und sehr seine Wichtigkeit darin, auch nur zu erwägen, ob das Saargebiet der Kontrolle unterworfen werden solle, von der das Saargebiet mit Frankreich mit dem besten Willen zur Verständigung zu prüfen. In Beantwortung der Frage, ob die Politik der Entente unter dem Druck des öffentlichen Gewissens in den westlichen Ländern ihre gefährliche Bahn nicht doch verlassen werde, wie Graf Broddorf-Kanzen darauf hin, daß die Entente trotz der Wählerstimmen gegen den Anschlag Deutschlands auf ein Deutschland kein einziges Wort spreche, da offenbar auch die bittere Feindschaft sich schone, die unüberwindliche Triebkraft des nationalen Gemeinschaftslebens zu verewigen.

Ernennung Dernburgs zum Reichsfinanzminister.

Berlin, 19. April. Der Reichspräsident hat heute Abend die Ernennung von Herrn Dernburg zum Reichsminister der Finanzen vollzogen. Reichsminister Dernburg wird gleichzeitig das Amt eines Vizepräsidenten des Reichsrats übernahm.

Die Demokratisierung der preussischen Verwaltung.

Berlin, 19. April. Wie wir hören, soll die vom Reichspräsidenten Sirch in Aussicht gestellte Demokratisierung der

preussischen Verwaltung nach Möglichkeit vor der Verlegung der preussischen Nationalversammlung in den Sommerferien in der Hauptsache erledigt werden. Im Wesentlichen dürfte ihre Durchführung nach zwei Hauptgesichtspunkten erfolgen. Einmal wird die weitere Verlegung der wichtigsten Ämter mit der Regierung genäherten Persönlichkeiten in durchgreifendes Weisse weiterzuführen sein und dann handelt es sich um eine Vereinfachung der Verwaltung, über welche Materie ja bereits von der Zusammenstellungskommission vor dem Kriege beraten wurde. Wie verlautet, werden die Oberpräsidenten von Ostpreußen (v. Batock), von Sachsen (v. Schlieffenberg), von Hannover (v. Richter), sowie von Rheinland und Westfalen auf ihren Posten zurück zu bleiben, während die übrigen Oberpräsidentenstellen neu besetzt werden. Man rechnet ferner damit, daß etwa zwei Drittel der alten Regierungspräsidenten zurücktreten und daß über 100 Stadtratsstellen ihre Inhaber wechseln werden.

Der freie Handel soll helfen!

Berlin, 22. April. Infolge der Zahlungsschwierigkeiten, die sich beim Ankauf der ausländischen Lebensmittel ergeben haben, hat sich die Reichsregierung veranlaßt gesehen, den freien Handel im weitesten Umfang zum Ankauf der ausländischen Waren heranzuziehen. Die einzelnen Handelsorganisationen haben sich bereits zum Abschluß von größeren Verträgen mit ausländischen Firmen vorbereitet und es besteht insoweit kein begründeter Anlaß, daß unter diesen Umständen die Einfuhr der aus dem Auslande kommenden Waren und Lebensmittel ohne weitere Schwierigkeiten vor sich gehen wird.

7 Millionen für „Verteidigung“ in Braunschweig ausbezogen.

In der letzten Sitzung der Deutschen demokratischen Partei machte Herr Landtagsabgeordneter Dr. Brode nach der „Fr. 2. Bg.“ interessante Mitteilungen über die Kosten der sogenannten revolutionären Verteidigung. Er hatte sich vom Reichstags-Ausschuß des Landtages das Mandat geben lassen, einmal die Höhe der revolutionären Verteidigung prüfen zu können. Er werde darüber dem Landtage schriftlich ausführlich Bericht erstatten. Weshalb er aber nur, daß das nicht alles in Ordnung sei. Es seien beispielsweise für 1.170.000 Mark Herbesitz in Braunschweig verzeichnet worden. Dieses Geld sei von den revolutionären Verteidigung mitzubringen. Diese Gelder müsse man aber natürlich dem Reiche zurück erstatten. Im ganzen seien seit dem 7. November 1918 7 Millionen Mark für die revolutionäre Verteidigung ausbezogen worden. Demgegenüber seien als Eingang nur 6 1/2 Millionen Mark eingingen. Auf die Frage wie das käme, erklärte der Redner, es wäre noch eine Kontro für Kleidung und Verpflegung eingerichtet. Zu diesem ist der Betrag aus der Verfertigung von 12 Waggons Lebensmittel vorhanden in denen für 392.000 Mark Lebensmittel vorhanden waren. Hieron sind 196.000 Mark mit von der Kasse für revolutionäre Verteidigung verbrannt worden.

Aus der Heimat und dem Vletze.

Aemberg, den 23. April 1919

* Die Eisenbahn-Direktion Halle a. S. hat unter 19. d. Mts. eine Verfügung erlassen, wonach die äußerst schwierige Verkehrs- und Betriebslage erfordert, daß auch weiterhin alle nicht unbedingt notwendigen und dringlichen Reisen unterbleiben. Zweck der Durchsührung der Kontrolle werden Fahrkarten nur, noch gegen Vorzahlung eines von der Eisenbahn ausgesetzten Fahrverlängerungsbetrages. Zu Reisen auf Arbeiter- und Bauernkarten ist falls Eisenbahnbesitz bis auf weiteres nicht erforderlich, ebenso genügt bei Fahrkarten nach und von der Arbeiterstelle in 4. Klasse, zur Erlangung der Fahrkarte, die Vorzahlung der amtlich beglaubigten Arbeitsbescheinigung am Schalter. Die Fahrverlängerung kann erstellt werden zu notwendigen und dringlichen Reisen, also zu dienstlichen, beruflichen und geschäftlichen Reisen, die im allgemeinen Interesse liegen und

unaussprechbar sind, bei anderen Reisen, wenn es sich um Todesfälle oder Erkrankungen der nächsten Familienangehörigen (Ehemann, Ehegatten, Geschwister und Kinder) handelt oder der Reisende infolge eigener Erkrankung die Eisenbahn benutzen muß. Die Notwendigkeit und Dringlichkeit solcher Reisen ist durch glaubwürdige Unterlagen nachzuweisen, als diese gelten insbesondere Bescheinigungen von Behörden zu Dienst- und Berufstreifen, wenn aus ihnen der Zweck der Reisen deutlich hervorgeht, fernere Vorladungen, ärztliche Bescheinigungen, Telegramme und Briefe. Notigenfalls können amtliche Bescheinigungen gefordert werden. Militärpersonen, die nicht im Besitze des Passworts A oder B zur Führung von Militärfahrkarten oder Fahrkarten des gewöhnlichen Verkehrs sind, unterliegen den gleichen Beschränkungen und Verpflichtungen. In Personen, die berufsmäßig häufig notwendige und dringende Reisen auszuführen haben und dies, sowie den Zweck der Fahrten, durch eine entsprechende Bescheinigung der vorgesetzten Behörde, Handels- oder Gewerbetreibender oder durch Vorlage des Wanderbewerbescheines nachzuweisen, können durch das für hier zuständige Eisenbahn-Vereinsamt Defian Dones-Fahrerlaubnisscheine, mit Gültigkeit bis zu 2 Monaten, abgegeben werden. Dem Antrag ist auch das Bildnis des Inhabers beizufügen. Seitens des Betriebsleiters Herrn Stiebing werden für die Benutzung der Staatsbahn-Fahr- und Eisenbahnscheine ausgestellt und zwar am vormittags von 10 bis 11 Uhr. Ausnahmen können nur in den allerbdinglichsten Fällen gemacht werden. Eine Verabfolgung von Fahrkarten ohne Vorlegung des Fahr-Eisenbahnscheines ist unmöglich, da diese Scheine beim Betreten der Wagenteile, mit der Fahrkarte zusammen vorgezeigt und gelocht und auf der Endstation mit der Fahrkarte zusammen abgenommen werden.

Niedersteden, 17. April. Eine Frau als Magistratsmitglied. Während die Bestätigung der unbesoldeten Magistratsmitglieder seitens der Regierung erfolgt ist, ist die Wahl der Frau Helbig (Wesoh, Sol) als Stadtrat nicht bestätigt. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß es gesetzlich nicht zulässig ist, eine Frau zum Magistratsmitglied zu wählen. Es sind jedoch Schritte eingeleitet, um solche Wahlen zu ermöglichen. Der nun nicht bestellte Magistratsposten bleibt vorläufig unbesetzt bis die gesetzliche Regelung dieser Frage erfolgt sein wird.

Rehla, 16. April. (Schloß Hammelschahn als Heilstätte) Nach der mit dem früheren Herzog von Sachsen-Altenburg in Aussicht genommenen Auflösung wird auch Schloß Hammelschahn, das durch Herzog Ernst I. mit einem Aufwand von 1,1 Millionen Mark erbaut worden ist, in Staatsbesitz übergehen. Es ist in Aussicht genommen, das Heilstätte wohnungswürdige Gebäude zur Unterbringung von Heilbedürftigen nutzbar zu machen. Auch ein Teil des Schloßes in Eisenberg soll für den gleichen Zweck bei anderer zur Erhebung des Wohnungswort verwendet werden.

Leipzig, 17. April. (75.000 Anmeldungen zur Messe.) Zum Besuch der am 27. April beginnenden Leipziger Messe haben sich bisher 75.000 Personen angemeldet. Die Zahl der ausstellenden Firmen beläuft sich gegenwärtig auf 7500. Durch die starke Einstellung des Eisenbahnverkehrs war wesentlich die Durchführung angeht die Leipziger Messe würde dadurch in vielerlei Hinsicht abgelaßt werden müssen. Das trifft nicht zu. Das Museum rechnet mit Bestimmtheit, daß bis zu dem Termin der Messe die Verkehrsverhältnisse behoben sein wird. Ein verstärkter Eisenbahnverkehr steht zu dem Zeit der Messe in sicherer Aussicht.

Leipzig, 22. April. (Ungeklärter Verlauf der Leipziger Messe.) Die „Leipziger N. N.“ stellen am Schluß eines längeren Aufsatzes an die politischen Machthaber in Leipzig die Anfrage, wer die Verantwortung für den ungeklärten Verlauf der Frühjahrsmesse übernimmt. Darauf erwiderte die „Leipziger Volkszeitung“ das Organ des unabhängigen Sozialdemokraten, daß die Arbeiterchaft Leipzigs nicht daran denkt, die Rede und Ordnung in Leipzig zu führen. Der Verlauf der Messe wird unter diesen Umständen keine Beeinträchtigung erfahren, was auch die Anmeldungen in unermesslicher Stärke eingehen.

Witten, 21. April. (Wie die Alten tun.) Nach der Entlassung der Kaufmannen drängen viele in das Lehrzimmer der Berufsschule ein und tüben darin Laufen, indem sie Franzosen bräuneln, die Hände mit zugehörigen Worten beschreiben und mit Tinte beschriebenen, Tintenlöcher umherlaufen. Die Väterchen, die sich selber als „Spartalier“ bezeichnen, haben ihrer Strafe entgehen.

Zahnpraxis Zimmermann

Halle, jetzt Riebeckplatz (Eingang Landwehrstraße) also in nächster Nähe des Hauptbahnhofes, befasst sich mit Plomben und künstl. Zahnersatz aller Art auch Goldtechnik in bester Friedensqualität, sowie Zahnziehen mit Lokalbettung. Vorherige Anmeldung nicht erforderlich, ist aber empfehlenswert. Tel. 4830

JEDE SORGE
wegen
schadhafter Dächer
besichtigt
AMBI, Abt. II K
Charlottenburg 9

Die Reichsregierung.

Die Entschlossenheit der Tat hat es der Regierung in Weimar mehr als einmal im erforderlichen Maße gezeigt, und wenn der milit. Partisanen- und Kommunistenwahn immer wieder nach erfolglos gedämpft werden konnte, so fällt das Verdienst mehr der Energie der aufgeborenen Truppenkörper zu als derjenigen des Reichsabinetts, das nur einen einzigen wirklich durchgreifenden Mann zählt, den Reichswehrminister Gustav Noske. Der Amtsausschritt des Finanzministers Schäffer, des gerade in diesem Augenblick sehr notwendigen Steuerministers, hat nun auch gezeigt, daß die innere Geschlossenheit des Regiments im Reich nicht über alle Zweifel erhaben ist. Denn man wird uns heute in der deutschen Republik doch nicht die alten Geschichten über die Ursachen von Ministerwechseln, wie Krankheit, Persönliches usw. erzählen wollen, die früher in der Monarchie gang und gäbe waren.

Es ist auch nicht lange nötig, zu suchen, warum es sich hier und auch schon früher gehandelt hat. Es sind außer dem Grade des energischen Vorgehens gegen Parteiliche und Kommunisten, drei Punkte, die in Betracht kommen. Die Kürzungen, die Sozialisierung, die Finanzen (Steuern und Sparen). In Sachen der Finanzangelegenheiten dagegen Verdrängung beim Sparen. Die Sparmaßnahme ist seit Kriegsbeginn von der Reichsverwaltung nicht so gehandhabt, wie es später wohl gehen konnte, aber was der Krieg unfähig machte, findet heute seine Begründung mehr. Es hat sich gezeigt, daß die frühere Reichsregierung nicht auf die immer wiederholten Jurets hörte, den Kriegsfiskusanten die Freize zu kürzen, damit wieder ein normales wirtschaftliches Leben Platz greife, und es muß sich weiter zeigen, wenn heute die Reichsregierung alle Ansprüche bewilligt, das Sparen aber bei Seite stellt. Schäffers Steuerprogramm ist nicht unansehbar, aber er hat darin Recht, daß die hohen Lebensmittelpreise und die hohen Steuern und noch dazu die hohen laufenden Ausgaben nicht zu einem getrunken werden können. Die Steuern müssen weiter sein, weil bei der Anarchie der Feinde noch zu berücksichtigen haben, aber die Preise der Lebensmittel und die Ausgaben müssen besenken. Es geht nicht an, daß wir den Staatsbankrott an uns herankommen lassen und dann mit vernünftigen Verstand sagen: „Jetzt kann uns keiner mehr was nehmen.“ Dann geht der Hunger an und der Zwangsdiens. Die Entente wird suchen, daß sie auf ihre Kosten kommt. Wir arbeiten dann für sie, nicht für uns.

Ohne Geschlossenheit und Entschlossenheit der Reichsregierung geht es nicht. Wir haben das Mögliche und das Nöthige ins Auge zu fassen und miteinander zu verbinden. Und ist der rechte Weg gefunden, so muß ohne Weirren daran festgehalten werden, es ist auch aus dem Wege zu entfernen, was sich hemmend aufstellt. Die Macht dazu ist vorhanden, sie braucht nur geordnet angeordnet zu werden. Wm.

Die Loslösung des Saargebietes.

Nach dem diplomatischen Situationsbericht der Beratungen der Pariser Konferenz haben die vier Staatsleiter am Sonnabend zunächst die Frage des Saargebietes endgültig gelöst. Danach erachtet Frankreich die Wiedergewinnung des höchsten Lebensmittels in der Welt und das volle Eigentum an den Bergwerken. Die Landesverwaltung sollte ihm nach englischen Väterternahmen auf 15 Jahre übertragen und dann die Bevölkerung zur Zustimmung über ihre zukünftige Staatsangehörigkeit berufen werden. Eine Lösung, die Wilson wegen der Achtung vor seinen Grundfragen gefordert hätte; diese Nachrichten werden für zureichend gehalten, ausgenommen die Forderung der Pariser Konferenz, daß Frankreich ein Verbot über die Höhe des Betrags erteilt, zu dessen Zahlung Deutschland sich im Bräukriegsverfahren verpflichten soll, und zwar als Deckung für die erst später festzusetzende Gesamtentschädigung; diese Deckung dürfte nicht unter 125 (125) Milliarden Frank

Anrufen und Streiks.

Gegen Frankreich!

General Maréchal hat vom Reichswehrminister den Befehl erhalten, die Brigade der Wiederherstellung gesicherter Verhältnisse im Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr, der seit Tagen gestillt ist, sowie zur Verhinderung von Gewaltthaten an Post- und Eisenbahnbeamten mit seinem Korps in Braunschweig einzurücken. Das Unternehmen wird in den aller nächsten Tagen vor sich gehen.

Infolge des am 10. April nachmittags begangenen tätigen Gegenstreiks der Beamtenschaft, Ärzte, Apotheker, Lehrer usw. ruht in Braunschweig der gesamte Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr. Das Rathaus ist geschlossen. Während auch die Eisenbahnbeamten sich dem Proteststreik angeschlossen haben, hat sich die große Mehrheit der Eisenbahnarbeiter mit der Arbeiterkammer solidarisch erklärt. Ähnliche Cases usw. sind geschlossen, ebenso die Restaurants mit Ausnahme einiger Speisestunden. Gas, Wasser- und Elektrizitätswerke arbeiten. Ausschreitungen sind nirgends vorgekommen. Die revolutionäre Streikleitung plant schärfste Maßnahmen gegen den Verzeitsstreik. Die Stadt ist von jeder Draht- und Bahnverbindung nach auswärts abgeschnitten. Diezüge fahren nur bis einige Stationen vor Braunschweig.

Stagnation in Düsseldorf.

Am Sonnabend nahmen die Regierungstruppen in Düsseldorf in den Abendstunden und während der Nacht den Kampf gegen die Spartakisten, die sich im Stadtteil Oberbilber verhalten hatten, mit Waffengewalt und Gewehrfeuer wie er auf, der bis in die frühen Morgenstunden des Sonntag anhielt. Sonntag vormittag gegen 9 Uhr begannen die ersten lebhaften Kampf mit Gewehren und Minenwerfern, das etwa dreiviertel Stunde lang andauerte. Darauf drangen die Regierungstruppen von verschiedenen Seiten her, und es gelang ihnen, nach kurzer Zeit den Ober-

bilber Marktplan zu nehmen und die Spartakisten zu vertreiben. Die Regierungstruppen sind vollständig Herren der Lage in Oberbilber. Die Verwundeten hauptsächlich in der Köhler Straße sind sehr erheblich. Das Elektrizitätswerk an der Köhler Straße hat das Wasserwerk, das am Sonnabend einige Stunden gestillt war, die Arbeit wieder aufgenommen. Der Streik der Heizungsführer ist beendet, doch erheben die Arbeiter nicht, weil der elektrische Strom fehlt.

Der neue Völkerverbund.

Nach einer Neuermeldung ist der Entwurf des Völkerverbundes in Paris veröffentlicht worden. Nach dem Entwurf wird der Völkerverbund gegründet, um ein internationales Zusammenleben zu fördern und den Frieden zu sichern. Der Völkerverbund wird umfassen:

- a) alle kriegsführenden Staaten, die in einem dem Entwurf beigegebenen Schriftstück genannt sind; b) alle neutralen Staaten, die ebenfalls genannt sind; c) in Zukunft jedes Land mit Selbstregierung, dessen Zulassung von zwei Dritteln dererigen Staaten, die bereits Mitglieder des Bundes sind, gutgeheißend wird.
- Der Bund wird seine Tätigkeit ausüben durch eine Versammlung von nicht mehr als drei Vertretern eines jeden Gliedstaates, von denen der Vizepräsident jedoch nur eine Stimme hat, um einen Platz, der zunächst aus einem Vertreter der fünf Großmächte und mit einem der vier anderen Mächte gebildet ist. Dieser Rat wird von Zeit zu Zeit durch die Versammlung gewechselt. Die Zahl der Mächte jeder Klasse, die im Rat vertreten sind, kann durch einstimmigen Beschluß des Rates und durch Mehrheitsbeschluß der Versammlung erhöht werden. Andere Mächte haben das Recht, als Mitglieder des Rates bei der Erweiterung von Angelegenheiten teilzunehmen, an denen sie besonders interessiert sind. Im Rat hat wie in der Versammlung jeder Staat nur eine Stimme.

Der Entwurf enthält weiter die im wesentlichen schon bestimmten Bestimmungen und bezieht weiter:

Der Vertrag beruht auf der Kraft höherer internationalen Verpflichtungen, nicht, welche, wie Schiedsverträge oder Vereinbarungen zwischen bestimmten Ländern, gleich der Monroe-Doktrin, die Sicherung der Aufrechterhaltung des Friedens zum Gegenstand haben. Die ehemaligen deutschen Kolonien und die Gebiete des ottomanischen Reiches werden im Interesse der Gerechtigkeit durch dem ausgemacht Staaten in der Eigenschaft als Mandatare des Völkerverbundes verwaltet, der seinerseits die allgemeine Oberaufsicht führen wird. Die Mandatstaaten übernehmen gewisse Verantwortlichkeiten mit Bezug auf Arbeitsbedingungen, Eingabeentscheidungen, Minderheitenrechte, die Rechte der Frauen und die Rechte der Hilflosen und halbhillflosen Ländern, Durchführungs- und Handelsbedingungen, öffentliches Gesundheitswesen und die Verhütung von Krankheiten. Der Völkerverbund wird anerkannt als zentrale Behörde, die sich zur Aufgabe legt, im allgemeinen jede Art internationaler Tätigkeit gleichzuvorden und zu unterstützen.

Der Aufbau des Räteystems.

Nachdem in der Sonabendstimmung des in Weimar tagenden Rätekongresses der Antrag des Zentralrats zum Räteystem zugunsten des Antrages der Mehrheits- Sozialisten, zunächst o. er war, handelte es sich in der Sitzung am Sonntag, der von 1/2 Uhr an Fraktionsstimmungen heider sozialistischer Parteien voranging, um die Väter der Sozialdemokraten, der Unabhängigen und Demokraten. Die Statistik der Statistik, 12 gegen 57 (Anzahl), 12 Demokraten und 57 (Anzahl) Parteien war jedoch das Resultat voraussehen, wenn die Mehrheitler handhaft blieben.

Mittags erhielt Däumig für die Unabhängigen das Schlupfwort. Ein Gegner, der eine Redebeiträge beabsichtigt, besam von Däumig eine heftige Wut, wobei D. mehrere Schritte vorwärts, was fast einen persönlichen Zusammenstoß erwarten ließ.

Am Sonntag (Sonntag) Centralrat den Antrag der Mehrheitsparteien. Kurz nach 1 Uhr kam es zur Entscheidung. Zuerst wurde über einen Antrag der Unabhängigen abgestimmt, der den politischen und wirtschaftlichen Aufbau nach dem Räteystem und die Anerkennung der Arbeiterräte als berufliche Vertretung der werktätigen Bevölkerung auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens verlangte. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit abgelehnt, ebenso ein weiterer Antrag der Unabhängigen

gegen (Mittelstufen für den Aufbau des Räteystems). Damit waren auch sieben weitere Anträge erledigt. Ingenommen wurde dann gegen die Stimmen der Unabhängigen und Demokraten der Antrag der Mehrheitssozialisten, der die Schaffung von

Kammern der Arbeit

fordert, zu denen alle arbeitstätigen Deutschen wahlberechtigt sind. Ferner wurden Anträge angenommen, wonach bis zur Neuerrichtung der Stellung der Arbeiter- und Bauernräte die jetzigen Arbeiter- und Bauernräte ihre bestehenden Funktionen ausüben haben, den Mitgliedern der Arbeiter- und Bauernräte in der letzten Ausübung ihrer Tätigkeit verleihe gesellschaftliche Organe zuzubilligen ist, wie den staatlichen Gewerkschaftsorganen, und die Regierung angeordnet wird, die Kommunen anzuweisen, die Kosten der Arbeiterräte zu übernehmen.

Bei Eröffnung der Sitzung wurde von den Kongreßteilnehmern folgende Erklärung zur Presseveröffentlichung abgegeben, worin der Kongreß seine Entschlossenheit über die Ermordung des schaffischen Kriegsministers ausdrückt, solche Brutaltaten auf entschiedenste verurteilt und an die werktätige Bevölkerung appelliert, dafür Sorge zu tragen, daß der Kampf zur endgültigen Befreiung des deutschen Proletariats nicht mit solchen Mitteln besetzt wird.

Ferner wurde ein Protest Schimmel und Gen. (Gen.) zur Kenntnis genommen, der sich gegen den Berliner Straßenhandel mit Diebstahl aller Art, die große Spielplatz auf öffentlicher Straße und in Hofen weidete.

Am Montag sollten die Kongreßverhandlungen mit einem im Auftrage des Zentralrats durch Kantatzky zu erstellenden Referat über

die Sozialisierung des Wirtschaftslebens beginnen. Infolge schwerer Erkrankung Kantatzky verzog das Referat. Der Zentralrat schloß die Verhandlungen ab, die durchgeführt werden, wo die Produktion durch Kapitalismus und Technik zur höchsten Höhe gebracht ist, sonst schaffe die Sozialisierung Ungleichheit. Es müsse für jeden zu sozialisierenden Produktionszweig eine vollkommen neue Organisation geschaffen werden, wo Arbeiter, Konsumanten und Wissenschaftler zusammenarbeiten. Die russische Methode: „Erst gehen, dann wirken“, habe keine Befreiung gebracht, sondern das Proletariat in Elend gestürzt und ungeheure Leid geerbt. Zum Schluß empfahl Kantatzky die dringende nötige Einigung des Proletariats.

Zwangarbeit und Arbeitswille.

Deutschland ist ein Kulturstaat und wird daher nie zu einer entwürdigenden Zwangarbeit für freie Menschen schreiten. Es kann nur der Erwerblosensentzug eine Arbeitspflicht gegenüberstellen. Die Entente, die darüber besanftelt, unsere Seelen angehen müssen schamlos, während die feindseligen Geirungen längst entlassen sind. In den besetzten linksrheinischen Gebieten sind deutsche Arbeiter, die streiken wollten, vor die Wahl gestellt worden, zu den von den feindseligen Kommandanten aufgestellten Bedingungen weiter zu arbeiten, oder zur Zwangarbeit nach Frankreich deportiert zu werden. Einen gesetzlichen Waffensubstrak ist es nicht um Rhein überhand nicht. Alle diese Sachen müssen wir uns immer wieder vor Augen halten, und sie werden hoffentlich den jetzt stärker einsetzenden Arbeitswillen vermehren. Der Kommunismus kann uns nichts helfen, das betonen alle Reichsminister: Ein kommunistisches Deutschland ist mit einer Friege zu vergleichen, die in einem Gefäß voll Milch darstellt. Sie muß schließlich doch erstarren. Die Verhältnisse sind klar, sie sind es auch für die Arbeitspflicht. Es ist ja anders, als in Berlin, wo in einem Monat Durchführungen von sogenannten Arbeitslosen im Betrage von 6 Millionen Markt aufgedeckt wurden, aber vollständig stimmt es nirgends. Ohne Steuern geht es nicht bei den heutigen Verhältnissen. Verschwendung, hohe Lebensmittelpreise und gewaltige Steuern sind ein dreifacher Strich, der auch ein reiches Volk erdrücken muß. Und das deutsche Reich ist arm geworden.

Angestellten. Dem es verlangt, daß, wenn bis Mitte dieser Woche die Differenzen nicht beseitigt worden sind, auch die Beschäftigten der Angestellten der großen Banken und Kaufhäuser sowie noch eine Reihe anderer großer Betriebe in den Sympathiestreik treten wollen. Es voraussichtlich in diesem Falle auch die Arbeiter in den Ausnahmefällen werden, so würde dadurch ein Generalstreik hervorgerufen werden, der das ganze wirtschaftliche Leben Berlins lähmen würde.

Die Zentralstreikleitung der Angestellten in der Metallindustrie richtete einen Aufruf an alle Angestellten Groß-Berlins, in den Kampf um das Mittelstreifen einzutreten und ihre Solidarität mit den Streikenden dadurch zu bezeugen, daß sie ebenfalls so lange die Arbeit ruhen lassen, bis das Mittelbestimmungsrecht gewährt wird.

Auch die Berliner Bauere-Angestellten sind in den Ausnahmefällen getreten.

Der Metallstreik.

Die Zukunft des Saarlandes.

Ein Spruch aus Bonn verbreitet in Bonn einen Bericht, wonach der Biererat in der Saargebietfrage eine endgültige Entscheidung getroffen haben soll, und zwar soll danach das

Saarbecken Frankreich auf 15 Jahre zuerkannt werden. Nach Ablauf derselben soll eine Volksabstimmung stattfinden.

Wie ein Rotterdammer Blatt aus Paris meldet, sollen die Grenzen des Saarbeckens nach Norden, wo sich die Belgier befinden, deren Ausübung Frankreich ausgeübt werden wird, rechtlich gestellt werden und sich bis an die Belgier erstrecken. Wilson, der zunächst Vorbehalte gemacht hat, sei jetzt einverstanden. Der Privatsekretär Lloyd George erklärte dem Vertreter des „Welt Journal“, am 14. Tagen oder drei Wochen werden die deutschen Vertreter nach Versailles entbieten werden.

bilber Marktplan zu nehmen und die Spartakisten zu vertreiben. Die Regierungstruppen sind vollständig Herren der Lage in Oberbilber. Die Verwundeten hauptsächlich in der Köhler Straße sind sehr erheblich. Das Elektrizitätswerk an der Köhler Straße hat das Wasserwerk, das am Sonnabend einige Stunden gestillt war, die Arbeit wieder aufgenommen. Der Streik der Heizungsführer ist beendet, doch erheben die Arbeiter nicht, weil der elektrische Strom fehlt.

Aufgaben des Ruhrstreiks.

In den meisten Ruhr-Bezirgen hat am Montag morgen die Zahl der zur Arbeit erschienenen Bergleute zugenommen, aber nicht in solchem Maße, daß dadurch eine durchgreifende Befreiung in der Gesamtmenge in den verschiedenen Bergrevieren wurde am Sonntag nach hitzerichten Debatten beschlossen, den Streik fortzusetzen. Am meisten hat die Ausnahmestimmung wohl in den Bezirken von Langendreer und Hüben nachgelassen. In den Bezirken der Harpener Bergbau G.G. ist ein erheblicher Teil der Belegschaften Montag wieder angefahren.

Verstärkung des Berliner Angestelltenstreiks.

In dem Streik der Berliner Bankbeamten und der Angestellten der Metallindustrie ist noch keine Einigung erzielt worden. Vielmehr hat sich die Lage noch verschärft durch die Haltung des Verbandes Berliner Bankbeamten, der Beschäftigten über das Mittelbestimmungsrecht der Angestellten abstimmt, versichert werden. Sonntagabend hat sich eine Deputation der Bankbeamten nach Weimar begeben, um in Verhandlungen mit der Regierung einzutreten. Man will versuchen, das von allgemeinem Verband Deutscher Bankbeamten entworfenen Komitee durchzubringen, um auf dieser Grundlage, eventuell auf den Hinweiswege, die Arbeitgeber zu Verhandlungen zu bringen, bei denen dann durch die geschäftliche Haltung der angestellten Bankbeamten, die Verhandlungen eine bestimmte Richtung bei den Verhandlungen vorgezeichnet ist. Die Verhandlungen in Weimar dürfen sich mehrere Tage hinziehen, und so droht ein Generalkrieg zu

Deutsches Reich.

Auf dem ersten Parteitag der Deutschen Volkspartei, der am Sonntag in Jena unter Vorsitz des Hg. Dr. Rast stattfand, referierte Abg. Dr. Stresemann über die politische Lage. Er führte u. a. aus:
 Es ist eine Aufgabe, zu sagen, die Revolution habe das absolute System in Deutschland gestürzt. Als sie kam, war Deutschland ein Land, in dem die Monarchie auf demselben Boden stand wie in England. Wenn die Demokraten den 9. November feiern, so feiern sie den Tag, an dem die völligste Freiheit in Kammern gegangen ist. Die Frage, ob Monarchie oder Monarchie, ist eine Frage des Verstandes und Gefühls. Ich bekenne mich zu der Auffassung, daß sowohl vom Standpunkte des Verstandes als wie des Gefühls für unsere deutschen Verhältnisse die Monarchie das Gegebene war und das Gegebene ist. Bedeutet das nun, daß wir uns zu Föhrern einer gegen-revolutionären Bewegung machen? Nein, das bedeutet es nicht, denn dieser Krieg könnte nur durch einen Bürgerkrieg hindurchgehen, und da muß und doch das deutsche Volk in seiner Gesamtheit höher stehen. Dr. Stresemann kennzeichnet die Welt in Zukunft als Zusammenbruch in Deutschland, der sich in den fürchterlichsten Folgen für unsere Wirtschaft und für die Ernährung äußere. Die Sozialdemokratie habe alle Erwartungen enttäuscht. Aber trotz allem haben die Sozialisten und die Arbeiter sich bewiesen. Das ist die Aufgabe der Partei, die Unternehmungen davor zu bewahren. Durch die Arbeitsgemeinschaft zwischen der Industrie und den Gewerkschaften könnten ein Parlament der schaffenden Arbeit entstehen, das einen Zentralrat der Arbeiter bilden würde. Die Parteiführung müsse geneigt sein, den Befehl Preussens nicht anzunehmen.

Ein mehrerter Volkssturm. Die Bayerische Wertungsgesellschaft für Heeresgut hat endlich bei der Wirtschaftskommission die Herausgabe aller vorhandenen Raubwarenbestände der Heeresverwaltung erwirkt. Bei der Aufnahme der Raubwarenbestände in München mußte die ebenso überraschende wie beschriebene Aufgabe festgestellt werden, daß die von den Instandsetzern vorgelegten Bestandslisten nicht amtsfremd sind, sondern in der Tat ein sehr aufwendig ist es, daß im Kaserne-Museum, in dem nach den Bestandslisten des Kriegsvorgängerunter nach im Januar 2,5 Millionen Haaren und etwa 4 Millionen Stück Haaren lagen, keine einzige Haare und keine einzige Haare mehr vorhanden ist. Nach der am Freitag erfolgten negativen Bestandsaufnahme steht fest, daß die Drohne der Militärverwaltung eigenmächtig diese wertvollen Bestände bis auf den letzten Rest veräußert haben.

Gerichtshalle.

Ein Mörder des Landesverrats verurteilt. Vor dem Oberlandesgericht des 3. Armeebezirks in Berlin wird zur Zeit ein Landesverratsprozess im Wieder-aufnahmeverfahren verhandelt. Unter Anklage steht der ehemalige Wittmeister Graf v. M. in A. S. G. O. m. S. Das Kriegsgericht erkannte seinerzeit wegen Landesverrats gegen den Grafen auf Todesstrafe. Auf die Verurteilung hin wurde das Todesurteil aufgehoben und der Graf zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt. Hieran trat der Anklage die Strafe an, betriebl. dann aber aus dem Zuchthaus heraus das Wieder-aufnahmeverfahren beim Reichsmilitärgericht. Ein Antrag des Verteidigers auf Aufhebung der Definitivität wurde abgelehnt. Die Straftaten sollen in das Jahr 1915. Die Anklage legt nun dem Beschuldigten zur Last, daß der französische Attache in Bern nachdrücklich von erheblicher militärischer Bedeutung von ihm erhalten habe. Der Angeklagte behauptet demgegenüber, er habe sich lediglich mit dem Attache in Verbindung gesetzt, um einer Einlangengesandtschaft auf die Spur zu kommen und dem Deutschen Reich dadurch einen Dienst zu erweisen.

Die Anklage legt dem Beschuldigten ferner zur Last, daß er sich auf russische Attache in Bern genähert und ihm Armeebefehle und andere militärische Mitteilungen hinterbracht habe. Auch diese befreit der Angeklagte. Er verlegt, auf jede einzelne Begehung seitens des Verhandlungsleiters harmlose Erklärungen zu geben, um seine Schuldlosigkeit nachzuweisen.

Los von Schuld.

Erzählung von Hermann Meier.

Und mit dieser Erkenntnis kam es wie ein Zangens über ihn und sämtliche Wunden und über geschlossen in ein Nichts.
 Das Geld ist ein mächtiger Förderer des Glückes, aber das Fundament besitzen nur im Sorgen ruhen.
 Und sein Herz konnte nur froh und leicht schlagen, wenn Martha sein eigen wurde, in ihr wurzelte all seine Liebe, all ein Glück.
 Offen und rühmlos wollte er seinem Weibe seine Verlobung mit einem vermögenslosen Mädchen mitteilen und ihn herzlich um seine Einwilligung bitten.
 Ob diese nun zu erlangen war oder nicht, in jedem Falle sollte in aller nächster Zeit die Verlobung proklamiert werden und noch im Frühjahr die Hochzeit stattfinden.
 Seine schärfsten Blicke trübten eine fröhliche Entschlossenheit aus, als er wieder bei Martha erschien.
 Sie trat am Morgen früh in den Gürtel frische Wägen und in ein hoher Ansehbild umschwebte sie.
 Fast ein wenig zu stürmisch schloß er sie in seine Arme. „Mein einziges Lieb, ich erhalte dir die Nachricht, daß mit einer bedeutenden Erbschaft, auf die ich mit voller Sicherheit gerechnet hatte, verloren gegangen sei. Ich glaube, dich bereits mit künftigen Schicksal umgeben zu können und nun wird unter Umständen eine sehr bedeutende Zahlung erfolgen.“
 Wohl langer Erinnerung sah er in ihre blauen Augen, aus denen strahlte ihm aber ein so helles Licht entgegen, das es einer Antwort von Marthas Seite eigentlich gar nicht bedurfte.
 „Diese ganze lustige Umgebung mit dem Anhang der Diener, Aufseher und Kaufmännchen macht eigentlich wohl nur der Mama Spaß.“ sagte sie mit heller Stimme. „Gerhard wohl nicht ich fragen nicht danach. Mama hat früher so viel Arbeit und Sorge gehabt, daß nur eine gewisse Ueberfülle sie vollständig dafür entschädigen kann.“ Du sollst nur sehen, wie brav und brav ich mit einem einzigen Dienstmannen verfahren kann.“

Das Verfallensgesetz der 1914-1915. Vor der Verfallensfrist eines Berliner Gerichts stand am Sonnabend eine wegen Fundunterschlagung vom Schöffengericht zu 1 Woche Gefängnis verurteilte Frau G. Dieselbe hatte Ende Oktober d. J. eine ihr wegen Unteraufs einer Brotarte auferlegte Strafe von 1 Woche Gefängnis verbüßt. Gerade während dieser Zeit kam ihr Gemann aus dem Gefängnis aus Irland. Als er eines Tages, über das Schicksal seiner Frau nachdenkend, die aus Hunger sich einer Straftat schuldig gemacht hatte, durch die Friedhofstraße ging, sah er plötzlich vor dem Apollontheater etwas Glitzerndes im Minutlein liegen. Wie sich später herausstellte, war es das etwa 40000 Mark wertige Brillantkollier einer bekannten Filmschauspielerin. Der Feldgrobe hob den Schmuck als eine Art ausgleichendes Geschenk des Schicksals auf und legte ihn ihm schließlich auf ein Stück weißes Seiden- oder Blumen umgeben, am nächsten Tage auf den Tisch, um seinen aus dem Gefängnis kommenden Frau eine Freude zu machen. Nachdem B. wieder ins Feld gegangen war, geriet die Angeklagte in Not und wollte den Schmuck verkaufen. Da der Verlust des Kolliers seitens der Filmschauspielerin bereits an den Versicherungsfall bekannt gemacht worden war, wurde Frau B. festgenommen, und um ihrem Namen keine Unannehmlichkeiten zu bereiten, gab sie an, sie selbst habe den Schmuck gefunden. Die Folge war, daß sie vom Schöffengericht zu der angegebenen Strafe verurteilt wurde. In der Berufungsinstanz machte ihr Verteidiger geltend, daß die Angeklagte als einfache Frau den hohen Wert des Schmuckes gar nicht erkannt habe und deshalb auch nicht einmal wegen Hehlerei bestraft werden könne. Das Gericht erkannte darauf auf Freisprechung.

Vermischtes.

An Heiratsanzeigen. In den Zeitungen nicht. Aber eine Mahnung, „zu prüfen, wer sich ewig bindet“, bietet ein anderes Inserat, das sich schon mehrfach fand: „Ein neuer Brautjungfer zu verkaufen.“ Daraus ergibt sich, daß in jüdischer Stunde Unreine oder Einseitig das einen Teils die Heirat verbindet, weiter aber auch, daß die Erfahrungen sehr bitter gewesen sein müssen, denn sonst würde der neue Brautjungfer wohl für eine glücklichere Gelegenheit aufgeben sein. Der hohe Wahn erst also schon vor dem Gürtel und Schlei, nicht erst mit diesem entzweit. H. O.

Eine zeitgemäße Erinnerung. Ein alter Schweizer Bürger erzählt, daß er Ende September 1870, einen Tag nach der Kapitulation Straßburgs, morgens vor Tagesanbruch vor dem stark zerstörtesten Metzger der Festung stand. Die Preußen verweigerten ihm den Zugang zum Begräbnis: „Hier muß die Milch für die Kinder in die Stadt geschafft werden.“ In der Tat kamen dann von allen Seiten Milchfuhrwerke, Milchfüße wurden herbeigeführt und aus der eroberten Festung liefen Tausende von Frauen heraus, um die so lange entbehrte Kuhmilch in Empfang zu nehmen. Man gab, so viel die Mütter mitnehmen konnten, und viele hatten Tränen der Dankbarkeit im Auge über die nach organisierte Fürsorge des Feldes für die damals französischen Säuglinge. Und das Gegenstück? Im Dezember 1918 marschierten die Belgier und Engländer in die Düsseldorf vorwärts links des Rheins ein, wo 150 Stück Milchfüße für die Säuglinge der Stadt stehen. Die Verbands-Delegation aber läßt sich jetzt keinen Tropfen Milch über die Rheinbrücke nach Düsseldorf, und Hunderte von Säuglingen sind vom Hungertod bedroht.

Emil Schallopp.

Der frühere Vorsteher des Stenographischen Büros des Reichstags, Geh. Medungradrat Emil Schallopp, ist nach längerem Weiden in Steglitz, 76 Jahre alt, gestorben. Emil Schallopp, bekannt auf dem Gebiet der Stenografie, noch bekannter als Vortragslehrer der Stenografie, hatte im vergangenen Jahre einen 75. Geburtstag gefeiert. Schallopp wurde am 1. August 1843 in Friedland geboren und besuchte in Berlin das Joachimsthalsche Gymnasium. Er widmete sich fröhlich

stetig wissenschaftlich und ausübend der Stenografie und war bereits im Norddeutschen Reichstag als Stenograph tätig. 1872 wurde ihm die Leitung des Stenographischen Büros im Reichstag übertragen. Der Reichstag wurde von einer der besten Turniertriplets im Schach und gab viele Beiträge über Schachpartien heraus, die in ihrer Kritik das hohe Ansehen bei den Schachgenossen erlangten. Das Halmersche Handbuch der Schachkunst wurde von Schallopp neu herausgegeben.

Ehrendienstleistungen.

In der Sitzung des Untersuchungsausschusses der Preussischen Landesversammlung über die Berliner Unruhen machte Regierungsrat Dr. F. D. eine Mitteilung über die Tätigkeit des früheren Reichspräsidenten E. G. Die von E. G. aufgestellte Sicherheitswehr habe in den Polizeirevierern und im Polizeipräsidium kräftig gehandelt. Ueber viele hunderttausend Mark seien Besetze. E. G. selbst hat in einem Fall 51000 Mark, in einem anderen Fall 1625 Mark für sich persönlich unterschlagen. Unter den verschwendeten Geldern befinden sich auch 147000 Reichsmark, die bei E. G. unterschlagen wurden und seitdem hunderttausend verschwinden sind. E. G. hat den revolutionären Studenten und anderen unabhängigen Organisationen die Wohnungspolitik der Sozialdemokratie ausgesetzt, und die Schugelie, die sich der unabhängigen Politik nicht gefügt haben, sind seitdem nicht nur persönlich, sondern auch in ihren Familien in der brutalsten Weise terrorisiert worden. Die Sammlung und Ausstellung von Waffen hat E. G. bereits am 11. November 1918 begonnen. Allein von der Deutschen Partei und Munitionsfabrik sind Waffenwerte von 400000 Mark erbeutet worden. E. G. hat ferner unter Benutzung eines Gauerhoffens versucht, die Hauptkasse des Polizeipräsidiums zu berauben, der Versuch ist ihm aber nicht gelang. Vom Magistrat Berlin hat E. G. mehrere hundert Tausend Auszugsmittel erpreßt, um davon Toren für seine Weibsbader zu lassen. Im Polizeipräsidium wurden in den von E. G. und seinen Trabanten besetzt gehaltenen Räumen eine Menge Briefe gefunden, die zur Benutzung fertiggestellt waren.

Tragödie zweier Schüler.

Eine bisher noch nicht aufgeklärte Schießerei hat in Berlin zwei junge Menschenleben vernichtet. In der Wohnung des Regierungsrates Schulz wurden der 16-jährige Sohn, der Kunstgewerbeschule Berlin, und sein Freund, der gleichnamige Handelslehre Alfred Schüler, tot aufgefunden. Bei näherer Untersuchung stellte es sich heraus, daß beide durch Schüsse aus einem Revolver getötet worden waren, der sich im Zimmer befand. Die Ursachen dieser Schießerei konnten noch nicht aufgeklärt werden. Es wird angenommen, daß Schulz seinem Freunde Schüler den Revolver geliehen hat, und daß sich dabei die Waffe entlad und der junge Mann getötet wurde. Schüler Schütz wird, so nimmt man an, dann aus Verwirrung die Waffe gegen sich selbst gerichtet haben. Diese Erklärung der bei dem tragischen Tod abgefeuerten Wange läßt der ärztliche Befund zu. Die Eltern des Schütz haben erst vor einiger Zeit einen fast ebenso alten Sohn verloren, der durch Selbstmord endigte.

Aus aller Welt.

Milchmangel durch die Luft. Bei einem Flieger in Halle wurden zwei Zentner Gerstemehl und 30 Pfund Grieß beschlagnahmt. Er hatte diese Sachen in einer Mühle bei Eruert gemahlert und durch die Luft fortgeschickt. Polizei und Gendarmerie konnten nicht mehr ungenüßlichen Wege nicht von den Fesseln bleiben. Der Flieger war aber schneller als der pflanzliche Flieger und überholte ihn.
Zurückführung einer Landratswohnung. Eine Demonstrationssammlung der Eisenarbeiter von Dargel vor dem Landratsamt zu Mecklenburg forderte die Durchscheidung der Privatwohnung des Landrates Regierungsrates Dr. Bremer. Bei der Durchscheidung fand man erhebliche Mengen Lebensmittel vor, vor allem Butter, Speck, Zucker usw.

Die Wolken waren verfloren und während Gerhard sich in Sorge um die Zukunft fast verzehrte, wurden hier die buntesten Luftschlösser gebaut.

7. Kapitel.

Sutta von Gleichen hielt noch am denselben Tage ihren Einzug in die Villa Altmann.
 Sie erhielt ein hübsches, wohlverwahrtes Zimmer angewiesen und den Auftrag, in einer Viertelstunde zur gnädigen Frau zu kommen.
 In Eile ordnete sie ihre wenigen Gebeligkeiten, warf noch einen Blick in den Spiegel, wog die Tränen gewaltig zurück und eilte dann in das Houdoir der Gnädigen.
 Frau Altmann lag auf ihrer Chaise-longue und sah recht neugierig und zudringlich in das Gesicht, dem malblondem Frau umrahmte Gesicht ihrer neuen Gesellschaftin, welcher das Bewußtsein der Situation wieder helle Tränen in die Augen trieb.
 „Mein Sohn hat Sie mir empfohlen, Fräulein,“ sagte Sie herablassend, „und es liegt nur an Ihnen selbst, wenn Sie es bei mir nicht gut haben. Ein wenig Willfährigkeit und Suborformensheit ist alles, was ich verlange.“
 Sutta verneigte sich flüchtig, die Köpfe war ihr wie zugeknipst.
 Die Dome zog die Augenbrauen hoch. „Nun, Sie antworten nicht? Sie sind doch wohl nicht ohne in Ihrer Stunde abzuwarten? Manches haben Sie auf Ihre adelige Zukunft? Das könnte mir gefallen.“
 Sie hatte sich halb aufgerichtet und ihre großen dunklen Augen machten das Mädchen strahlend und lebend.
 Sutta ließ seinen Menschen in der großen Gotteswelt, bei welchem sie zur Zeit ein Unterkommen gefunden hätte. Die Tante würde sie in keinem Falle ausgenommen haben, ihr letztes Goldstück hatte sie am Mittag bereits angeworfen. Eine graufame Angst packte sie. All ihren Mut zusammennehmend trat sie auf die Knie und hauchte einen Fuß auf deren weiße, beringte Hand.
 „Bitte, gnädige Frau,“ sagte sie mit ihrer sanften, mel-

lichen Stimme, „überprüfen Sie mich, behalten Sie mich. Wenn Sie nur ein wenig nachsichtig über mich wollen, ich muß es erst lernen, mich angenehm und unentbehrlich zu machen.“

„Eine solche Sprache schmeichelt Sie, und der Schmeichler war sie nur zu sehr zugänglich. Die Tränen in den schönen, dunklen Augen dort rührten sie. Eine Gendlerin hätte alles von ihr erreichen können.“

„Es genügt mir, zu wissen, daß Sie klug sind und bescheiden sind,“ sagte sie, vollständig beschämlich, „und es liegt mir fern, Sie zu ärgern. Wenn Sie Heimweh haben, so schreiben Sie mir Familie.“

„Gnädige Frau, ich bin ganz verwirrt, und wenn ich leide, so ist es nicht, denn ich es klug bin.“
 Die beherrschte, so selbständig und schmeicheln klingende Stimme, das ungeschämte Gesichtnis ängstlichen Verlassens setzte und erwarnte die faszinierte, verwöhnte Frau mehr und mehr.

„Es armes Kind,“ es sang aufrichtiges Bedauern aus den Worten, „sein Sie nicht so traurig, das macht mich nervös. Vielleicht verstehen wir uns doch gut, wenn es mir auch anfangs nicht so schien. In jedem Falle sind Sie bei uns, und wenn ich dann den Hof nach der Zeit mache, ist das ein Zeichen, daß Sie sich zu entfernen haben. Erhalte ich Besuch und will, daß Sie vorläufig bleiben, so habe ich die Bescheide, ist Ihre Gegenwart dagegen nicht erwünscht, so verabschiede ich Sie durch eine deutliche Bewegung. Die Nachscheidung dieser bescheidenen Ansprüche bringt mich in eine gerechte Stimmung, es ist daher notwendig, daß Sie alles sich genau merken und befolgen.“

